

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/19479 –

Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Klimaschutzprogramm 2030 für Deutschland strebt die Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen an, die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Radverkehrs zu erhöhen. Unter anderem hat die Bundesregierung im Jahr 2019 angekündigt, die finanziellen Mittel für einige bereits vorhandenen Programme noch einmal aufzustocken und Förderrichtlinien anzupassen (vgl. <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/gvfg-nahverkehr.html> und Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes). Trotz verschiedener Fördermöglichkeiten erhöht sich mit der Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes aber auch das Risiko, dass Finanzmittel, die für den Ausbau der Kapazitäten im öffentlichen Nahverkehr angedacht sind, für andere Maßnahmen verwendet werden. Einzig Nordrhein-Westfalen hat sich bisher dazu bekannt, seinen Anteil aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes, das den Ländern ab 2020 anstelle von Entflechtungsmitteln zusteht, weiterhin zweckgebunden für Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen (<http://www.mobi-wissen.de/Finanzierung/Entflechtungsgesetz> und <https://fragdenstaat.de/anfrage/forderung-von-investitionen-in-den-nahverkehr-entfall-des-entflechtungsgesetzes-des-bundes-auerdem-landes-gvfg-in-mecklenburg-vorpommern/>).

Hinzu kommt: Egal ob geplante Investitionen in den Fahrrad-, Bus- oder Schienenverkehr – die verschiedenen Fördermöglichkeiten sind hochkomplex. Besonders dann, wenn Fördermaßnahmen nicht einheitlich auf alle Bereiche des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) angewendet werden können. Das gefährdet den langfristigen Erfolg beim kommunalen Klimaschutz.

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung geplant, um sicherzustellen, dass die Länder auch zukünftig die Mittel, die ihnen vom Bund für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (vormals Entflechtungsmittel, ab 2020 Mittel aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes) zugewiesen werden, nicht zweckentfremden, sondern weiter zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden nutzen?

Die Umsatzsteuer ist eine Gemeinschaftssteuer. Der Bund hat keinen Einfluss auf die Verwendung des Länderanteils des Umsatzsteueraufkommens. Bereits ab 2014 wurde im Entflechtungsgesetz die Zweckbindung der Mittel der vormaligen Landesprogramme nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für Investitionen im Verkehrsbereich durch eine investive Zweckbindung ersetzt. Der Bund setzt sich dafür ein, dass die Länder eine Zweckbindung für Investitionen in den Verkehrsbereich für die Mittel vorsehen, die sie zusätzlich aus dem Umsatzsteueraufkommen erhalten.

2. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Länder sich angesichts der angedachten Ausweitung des Förderkatalogs im Rahmen der GVFG-Novelle (GVFG = Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) sowie der deutlichen Erhöhung der finanziellen Fördermittel nicht aus der Verantwortung ziehen, weil der Bund nun zu einem großen Teil auch die Vorhaben finanzieren kann, die bisher allein von den Ländern finanziert werden konnten?
 - a) Wie schätzt die Bundesregierung das Risiko dieser Doppelzuständigkeit ein?
 - b) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass am Ende nicht weniger finanzielle Mittel für den ÖPNV zur Verfügung stehen als angedacht?

Die Fragen 2 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Die Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) liegt bei den Ländern. Dies umfasst die Finanzierungszuständigkeit. Im Rahmen des GVFG können die Länder entsprechende Fördervorhaben anteilig mit Bundesfinanzhilfen finanzieren. Zusätzliche Fördertatbestände wurden durch die letzten Änderungen ergänzt und damit die Finanzierungsmöglichkeiten erweitert. Dadurch soll die Anzahl von Fördervorhaben und Investitionen steigen. Daher wurden auch die Finanzmittel aufgestockt.

3. Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass Bundesmittel, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden gedacht sind, d. h. vor allem für den Kapazitätsausbau im ÖPNV bzw. um eine bessere und attraktivere Verkehrsinfrastruktur des ÖPNV zu erreichen, nicht zur Subvention beispielsweise günstiger ÖPNV-Tickets zweckentfremdet werden?

Im Rahmen des Bundesprogramms nach dem GVFG können nur schienengebundene Infrastrukturinvestitionen des ÖPNV anteilig finanziert werden. Die förderungsfähigen Vorhaben sind in § 2 GVFG abschließend genannt.

4. Wie plant die Bundesregierung, die Beurteilung von Verkehrsinvestitionen an die neuen Gegebenheiten anzupassen?
 - a) Wie werden die Klimaschutzziele der Bundesregierung in der standardisierten Bewertung von Verkehrsinvestitionen des öffentlichen Nahverkehrs und Folgekostenrechnung einbezogen?
 - b) Gibt es Überlegungen, die Klimaschutzziele stärker als bisher im Zielsystem der standardisierten Bewertung zu verankern?
 - c) Wenn ja, wie sehen diese Überlegungen aus?

Die Fragen 4 bis 4c werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung in der Fragestunde am 6. Mai 2020 Plenarprotokoll 19/157 verwiesen.

5. Wie viele Mittel aus dem GVFG-Bundesprogramm wurden im Jahr 2019 insgesamt abgerufen (bitte absolut und in Prozent angeben)?

Wie verteilen sich die abgerufenen Mittel auf die einzelnen Förderbereiche (bitte nach Neubau-, Ausbau- und eventuell sonstigen Projekten angeben)?

Aus dem Bundesprogramm nach dem GVFG wurden im Jahr 2019 Mittel in Höhe von 205,04 Mio. Euro abgerufen. Bei einem Finanzrahmen in Höhe von 332,567 Mio. Euro ergibt das eine Abrufquote vom 61,7 Prozent.

Eine Unterscheidung nach Neu- und Ausbauprojekten erfolgt nicht im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms.

6. Warum ist die neue Fördermaßnahme zur Grunderneuerung bzw. Sanierung von Verkehrsinfrastruktur im ÖPNV im GVFG-Bundesprogramm begrenzt auf die Infrastruktur des schienengebundenen ÖPNV, soweit diese weit überwiegend (>80 Prozent) auf besonderem Bahnkörper geführt wird (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915621.pdf>, S. 24)?

Die Grunderneuerung als neuer Fördertatbestand ist nach dem Gesetzeswortlaut beschränkt auf Vorhaben des § 2 Absatz 3 Nummer 1 und Nummer 2 GVFG, soweit sie dem ÖPNV dienen, überwiegend auf besonderem Bahnkörper oder auf Streckenabschnitten, die eine Bevorzugung der Bahnen durch geeignete Bauformen beziehungsweise Fahrleitsysteme sicherstellen, geführt werden und die Länder nachweisen, dass die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen vollumfänglich und ordnungsgemäß durchgeführt wurden.

7. Wie begegnet die Bundesregierung der Kritik, dass das Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020 insgesamt zu viele unterschiedliche Förderrichtlinien beinhaltet (<http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/084242/index.html> und <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dieselkris-e-foerderung-fuer-saubere-luft-wird-kaum-abgerufen/23590144.html?ticket=ST-2392825-FntuAhboFukmg6TrqhAg-ap4>)?

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung geplant, um das Förderprogramm zu vereinfachen?

8. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, damit mehr Finanzmittel als bisher aus dem Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020 abgerufen werden?

Welche Verbesserungsvorschläge gibt es, das Programm zu entbürokratisieren?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 13 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/14182 verwiesen.

9. Gibt es Regelungen der Bundesregierung, unter welchen Voraussetzungen den Automobilkonzernen bei Nichtabruf der Finanzmittel aus dem Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020 das von ihnen beigesteuerte Geld zurückerstattet werden muss?
- a) Wie viel von den 250 Mio. Euro bzw. wie viel von dem, was am Ende davon noch da ist, muss den Autobauern zurückerstattet werden (bitte absolut und in Prozent angeben)?
- b) Bis wann muss den Autobauern ihr Anteil am Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020 zurückerstattet werden?

Die Fragen 9 bis 9b werden gemeinsam beantwortet.

Die Verträge mit den Automobilherstellern Daimler, BMW und VW regeln, dass nicht verausgabte Fördermittel an die Hersteller zurückzuzahlen sind. Mit Bescheidung der noch offenen Anträge werden mehr als die in den Verträgen festgelegten 500 Mio. Euro durch Förderbescheide gebunden sein. Die Rückzahlung von Mitteln an die Hersteller ist insofern ausgeschlossen.

10. Hat die Bundesregierung die Absicht, die verschiedenen Förderprogramme zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (besonders Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020, GVFG-Bundesmittle und Nationaler Radverkehrsplan) langfristig in einem Programm zusammenzufassen?

Wenn ja, wann, und wie sehen die konkreten Pläne dazu aus?

Nein.

11. Wie sind die im Jahr 2019 erstmals geförderten nichtinvestiven Finanzmittel für Radinfrastrukturprojekte beworben worden?
 - a) Wie viele Förderanträge sind hierzu bisher eingegangen (bitte einzeln auflisten)?
 - b) Welche Förderanträge sind bewilligt, und welche sind abgelehnt worden (bitte einzeln auflisten)?
 - c) Warum sind sie abgelehnt worden (bitte einzeln ausführen)?

Die Fragen 11 bis 11c werden gemeinsam beantwortet.

Die Richtlinie zur Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland wurde im Bundesanzeiger am 8. Juli 2019 veröffentlicht. Zusätzlich wurde der Förderaufruf über das Fahrradportal und die Internetseite des BMVI/BAG kommuniziert sowie entsprechende Flyer über den Bund-Länder-Arbeitskreis sowie den Beirat Radverkehr im BMVI ausgereicht. Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens zum Förderaufruf wurden 133 Projektskizzen eingereicht. Davon wurden 26 Projektskizzen mit Modellcharakter ausgewählt, von denen sich 16 im Bewilligungsverfahren befinden. Es wird auf Anlage verwiesen.

Bei den übrigen Projektskizzen handelt es sich um Vorhaben, die nicht der Modellhaftigkeit im Sinne der Förderrichtlinie entsprechen.

12. Ist die Verwaltungsvereinbarung zur Ausreichung von Finanzhilfen zur Umsetzung des Sonderprogrammes „Stadt und Land“ schon abgeschlossen?

Wenn ja, wann ist sie abgeschlossen worden, und wo wurde sie veröffentlicht?

Wenn nein, bis wann soll sie abgeschlossen sein?

 - a) Wo ist die Förderrichtlinie des Sonderprogrammes „Stadt und Land“ veröffentlicht?
 - b) Wie viele Kommunen haben sich schon um Fördermittel aus dem Sonderprogramm beworben (bitte einzeln ausführen)?

Mit welchen Maßnahmen haben sie sich beworben (bitte einzeln ausführen)?
 - c) Wie viele Förderanträge sind schon bewilligt worden (bitte nach Land und Fördermaßnahme aufschlüsseln)?

Die Fragen 12 bis 12c werden gemeinsam beantwortet.

Die Verwaltungsvereinbarung Sonderprogramm „Stadt und Land“ befindet sich derzeit im Unterrichtsverfahren beim Bundesrechnungshof und in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen. Anschließend folgen die Beteiligung und Zeichnung der Vereinbarung mit den Ländern.

Anlage

1 von 8

Projektskizzen aus Interessenbekundungsverfahren

InteressenBek-Nr.	Rechtsverbindlicher Name des/der Interessenbekunders	Akronym	Thema	Modellcharakter
01	Gemeinde Engelskirchen	EK-BAG-Radverkehr2019	Umsetzung eines Elements aus dem Baustein Fahrrad des integrierten Mobilitätskonzepts Engelskirchen	nein
02	Stadt Eisenach	1. RSV + FPH in EA	1. Radschnellverbindung und Fahrradparkhaus in Eisenach - Radverkehr verbindet Menschen und Wirtschaft	nein
03	Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH	Warnowbrücke	Warnowbrücke in Rostock	ja
04	Markt Mainleus	Zentbachtalradweg	Neubau eines Radwegs im Zentbachtal	nein
05	Große Kreisstadt Überlingen	RUGO (Radweg-Unterführung Goldbach)	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Fahrradverkehr am Bodenseeradweg in Überlingen	ja
06	Stadt Amberg	Fahrradwegekonzept	Verbesserung der Fahrradwege in der historischen Altstadt von Amberg	nein
07	Landkreis Kronach	Mobile Abstellanlage für 120 Fahrräder	Schaffung einer temporären, flexibel einsetzbaren Radinfrastruktur für den Landkreis Kronach	nein
08	Landkreis Cham	eBike-Ladestationen	Flächendeckende Einführung von eBike-Ladestationen im Oberen Bayerischen Wald	nein
09	Gemeinde Eichenzell	Interkommunales Radverkehrskonzept Eichenzell (investiv)	Umsetzung interkommunales Radverkehrskonzept mit Evaluation der Auswirkungen auf das Klima	nein
10	Stadt Hemmingen	Innovative Radwegbeleuchtung Hemmingen	Bau einer Straßenbeleuchtung mit LED- und Bewegungsmeldertechnik an einem wichtigen Radweg	nein
11	Butjadingen Kur- und Touristik	Barrierefreier und tideunabhängiger Ganzjahres-Rad-Fähranleger	Barrierefreier Rad-Fähranleger mit zusätzlicher Schiff-Stern-Anbindung an neue Radziele	nein
12	Gemeinde Tauche	Park und Ride Parkplatz - 15848 Tauche, OT Lindenberg	Nachhaltige Mobilität - Gestaltung des öffentlichen Raums (P + R)	nein
13	Stadt Essen	Expressanschluss RS1	Expressanschluss des Radschnellwegs RS1 an die südliche Innenstadt Essen	nein
14	Stadt Brandenburg an der Havel	Ost-West Radverkehrskorridor	Anforderungsgerechte Knotenpunkte, Radverkehrsanlagen und Oberflächenverbesserungen	nein

2 von 8

15	Stadt Böblingen	Radservicestation	Bau einer Radservicestation	nein
16	Stadt Tübingen	TÜAmmerbegleitweg	Durchgängige kreuzungsfreie Direktverbindung mit zentraler Erschließung Tübingens Kernstadt	nein
17	Stadt Calbe	Saaleseilbahn-Fähre	Ausbau der Radinfrastruktur durch Überquerung der Saale mit Hilfe einer Seilbahn-Fähre	nein
18	Stadt Kulmbach	Campuskulmbach	Erschließung eines neuen Universitätsstandorts durch den Radverkehr	nein
19	Gemeinde Jesewitz	Radweg	Interessenbekundungen-Leuchttürme Radverkehr Anbau Radweg an Ortsverbindungsstraße	nein
20	Stadt Heilbronn	Fahrradparkhaus Hauptbahnhof Heilbronn	Herstellung eines vollautomatischen Fahrradparkhauses am Heilbronner Hauptbahnhof	nein
21	Stadt Lingen	RadBa	Bau eines vollautomatischen Fahrradparkhauses am Bahnhof	nein
22	Stadt Cottbus	MultiPath Cottbus	Fahrradinnovationen für Cottbus: MultiPath & velo HUB	ja
23	Gemeinde Südeichsfeld	Lä ver Hess Thür Rad UnWe	Ausbau eines Teilbereichs des länderverbindenden überregionalen Radwegs Unstrut-Werra	nein
24	Gemeinde Nesselal	Daseinsvorsorge durch multimodale Dorfvernetzung	Erschließung der Potenziale zur Daseinsvorsorge im dörflichen Nahraum durch multimodale Mobilität	nein
25	Stadt Fulda	Brücke überm Engelshaus	Förderung von nichtmotorisiertem Verkehr; Neubau einer Wegeverbindung	nein
26	Gemeinde Südharz	Harzradrundweg	Sichere Streckenführung Harzradrundweg in der Gemeinde Südharz, mit Angebotserweiterung	nein
27	Regionalverband Großraum Braunschweig	Rad+Bahn Wolfsburg + Region	Modulare Muster-Fahrradparkanlagen und Bike+Ride-Kompetenzstelle für die Region	nein
28	Stadt Schwetzingen	Radfahrer- und Fußgängerbrücke Innenstadt	Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Bahnanlagen südlich des Hauptbahnhofes Schwetzingen	ja
29	MWVLW Rheinland-Pfalz	Machbarkeitsstudie Höhenradsteige	Untersuchung der Machbarkeit von Höhenradsteigen als touristisches Angebot und für den Alltagsverkehr im Bereich Mittelrhein und Mittelmosel	nein

3 von 8

30	Stadt Heidelberg	Fahrradbrücke über den Neckar	Nord-Süd Fahrradachse - Teilprojekt Neckarbrücke	nein
31	Stadt Heidelberg	Gneisenaubrücke	Nord-Süd Fahrradachse - Teilprojekt Gneisenaubrücke	nein
32	Stadt Heidelberg	Fahrradparkhaus	Nord-Süd Fahrradachse - Teilprojekt Fahrradparkhaus	nein
33	Gemeinde Tostedt	Stockenradweg	Neubau eines Radwegs	nein
34	Stadt Fürth	Digitale Überwachung von Radverkehrsanlagen	Überwachung von Radverkehrsanlagen auf Freihaltung von widerrechtlich abgestellten Fahrzeugen	nein
35	Smart Living - Anwendungen für Service Wohnen GmbH	InnoBikeTrack	Innovative Radweggestaltung durch digitales Tracking	nein
36	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Automatische Fahrradparkhäuser im Wissensquartier	Verzahnung von Universität und Wirtschaft durch innovatives Bauprojekt mit überregionaler Strahlkraft	nein
37	Wissenschaftspark Kiel GmbH	Vollautomatisches Fahrradparkhaus	Errichtung eines vollautomatischen Fahrradparkhauses zur Errichtung eines Mobilitäts-Hubs	nein
38	Tourismusverein Lychen e.V.	Verleih von Familienfahrrädern	Touristische Mobilität auf dem Lande	nein
39	Stadt Mainz	Lückenschluss Kaiserbrücke	Interkommunaler Lückenschluss - Direkte Radverkehrsanbindung Mainz-Wiesbaden	ja
40	Landkreis Kyffhäuserkreis	BRK	Barrierefreier Radtourismus im Kyffhäuserkreis - für Abenteurer mit Handicap	nein
41	Stadt Lindau	Förderung der Nahmobilität in Lindau	Brückenbauwerk & Lückenschluss für Fußgänger und Radler; Radhaupttroute Oberreitnau-Insel	nein
42	Stadt Lindau	Natur in Lindau 2021 - fahrradfreundliche Gartenschau	Fahrradfreundliche Gartenschau mit angemessen vielen u. qualitativ hochwertigen Fahrradabstellanlagen	nein
43	UsedomRad GmbH	Pedelecs	Weiterentwicklung intermodaler Mobilität mit umweltfreundlicher Elektrotechnik und grüner Energie	nein
44	Landkreis Nordsachsen	Mobilitätskonzept Fahrradverleih mit Vernetzung ÖPNV	Analyse zu Möglichkeiten und Chancen für Fahrradverleihstationen im ländlich geprägten Raum	nein
45	Stadt Köln		Rampe Stadthaus-Gummersbacher Straße	nein
46	Stadt Köln		Ausbau Radverkehrsverbindung entlang des Niehler Gürtels	nein
47	Stadt Köln	RADWELTSTADT	Radverkehrsführung auf der Nord-Süd-Fahrt / Höhe Weltstadthaus	nein
48	Stadt Köln	RaRheit	Radverkehrsführung im Rheinufertunnel	ja

4 von 8

49	Stadt Offenburg	Intermodale Anbindung Hochschule Offenburg	Anbindung der Hochschule Offenburg an die intermodalen Verkehrssysteme in Offenburg und der Region	nein
50	Gemeinde Boitzenburger Land	Rad-Schule	Multifunktionaler Ort für Informationen, Austausch, Treffpunkt, Wissensvermittlung und Aufbewahren/Laden/Instandhaltung von Fahrrädern	nein
51	Stadt Allstedt	RadAllstedt	Erweiterung des Radverkehrswegenetzes der Einheitsgemeinde Allstedt	nein
52	Stadt Mülheim an der Ruhr	Intermodale Verknüpfung des RS1 mit einem Hauptbahnhof	Der Radschnellweg Ruhr wird verkehrlich und durch intermodale Serviceelemente an den Hbf angebunden	nein
53	Ortsgemeinde Esch	Radwegebau	Nutzung der Wasserkraft an Radwegen	ja
54	Chiemgau Tourismus e.V.	RBI - Umsetzung	Radbegleitinfrastruktur - Umsetzung	nein
55	Stadt Papenburg	Radschnellverbindung	Urbane Radschnellverbindung zur Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen	nein
56	Landkreis Lüchow-Dannenberg	Velorrouten_DAN	Errichtung eines pedelec- und rennradtauglichen Velorouten-Verbundsystems im ländlichen Raum	nein
57	Stadt Emsdetten	Fahrradoffensive Emsdetten - für die Generation Fahrrad	Grünes Band und Fahrradstraßen für sicheren, zügigen und bequemen Alltags- und Freizeitradverkehr	nein
58	Gemeinde Gusterath	Fahrradweg	Verbesserung der Stadt-Land-Verbindungen für Radfahrer	nein
59	Stadt Bretten	Radweg Bretten	Neubau eines Radweges Bretten-Rinklingen-Diedelsheim entlang des Saalbachs	nein
60	Stadt Halle (Saale)	LutherRadBoxen	Errichtung modellhafter Radmobilitätsstationen (LutherRadBoxen) in Verbindung mit Radwegeausbau	nein
61	Stadt Marl	Vollautomatisches "Rad"-Haus	Vollautomatische (energieautarke) Abstellanlage für Fahrräder und Elektrofahrräder inkl. Ladestation	nein
62	Landkreis Limburg-Weilburg	Neubau Radweg/Rampe Lahnbrücke K 470 Limburg-Staffel	Ersatzneubau der Lahnbrücke K 470 in Limburg-Staffel mit Anlegung eines Radweges und einer Rampe	nein
63	Stadt Buchholz in der Nordheide	Brückenschlag: eine neue Radwegeverbindung	Vorhandenes neu denken. Wichtige Radwegeverbindung durch ein Update vorhandener Infrastruktur	nein
64	Stadt Kassel	Fahrradparkhaus Kassel City	Umbau eines Pkw-Parkhauses im Kasseler Rathaus zum Fahrradparkhaus	nein
65	Stadt Hildesheim	Hi_Hindenburgplatz	Umgestaltung eines autogerechten KP zugunsten der nachhaltigen Mobilität mit Schwerpunkt Radverkehr	nein
66	considerit GmbH	PedelACC	PedelACC - Energieeffizient und elektrisch auf 2 Rädern	nein
67	Stadt Hennigsdorf	Fahrradparkhaus Stadt Hennigsdorf	Errichtung eines vollautomatisierten Fahrradparkhauses.	nein
68	Stadt Eberswalde	RadBrückenSchlag	Rad- & Fußwegeverbindung vom Hauptbahnhof Eberswalde (Brandenburgs erste "Solarbrücke")	ja

5 von 8

69	Stadt Finsterwalde	Sängerstadt Radel-Safe	Innovative Fahrradabstell-Einrichtung am entstehenden Mobilitätszentrum Bahnhof von Finsterwalde	nein
70	Stadt Eislingen/Fils	Interkommunale Radtrasse Eislingen - Göppingen	Rückbau zur Schaffung einer interkommunalen Trasse für den Radverkehr mit Kreisverkehrsanlage	nein
71	Stadt Böhlen	Radweg Böhlen - Zwenkau	Schaffung einer Radwegeverbindung zwischen Böhlen und Zwenkau	nein
72	Stadt Heide	Fahrradquartier	Wiederbelebung eines innerstädtischen Quartiers als Fahrradquartier	ja
73	Stadt Wolfsburg	(E-)Lastenräder für Gewerbe	Kaufprämie für (E-)Lastenräder für gewerbliche NutzerInnen	nein
74	Stadt Wolfsburg	(E-)Lastenräder für privat	Kaufprämie für (E-)Lastenräder für private NutzerInnen	nein
75	Stadt Wolfsburg	AGR - Innenbereich, 1.BA	Radverkehr entlang der AGR ("Alternative Grüne Route") - Innenstadtbereich, 1. Bauabschnitt	nein
76	Stadt Wolfsburg	AGR - Außenbereich	Radverkehr entlang der AGR ("Alternative Grüne Route") - Außenbereich	nein
77	Stadt Wolfsburg	AGR - Innenbereich, 2.BA	Radverkehr entlang der AGR ("Alternative Grüne Route") - Innenbereich, 2. Bauabschnitt	nein
78	Stadt Wolfsburg	Berliner Ring	Unterführung Berliner Ring	nein
79	Stadt Wolfsburg	Dauerzählstellen	Dauerzählstellen für den Radverkehr	nein
80	Stadt Wolfsburg	Machbarkeitsstudie Querung AS Flechtorf	Machbarkeitsstudie: Querung der A39 im Bereich AS Flechtorf entlang der L295 zum GG "Heinenkamp"	nein
81	Stadt Wolfsburg	Machbarkeitsstudie Querung AS Sandkamp	Machbarkeitsstudie: Querung der A39 im Bereich AS Sandkamp entlang der K114 zur VW Nordstraße	nein
82	Stadt Wolfsburg	B+R	Bike & Ride Konzept - Fahrradsammelgaragen mit internetbasiertem Buchungs- und Zugangssystem	nein
83	Stadt Osnabrück	Osnabrück - Innovative Radverkehrsanlagen Wallring	Innovative Radverkehrsanlagen am Wallring: Überplanung des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßenring mit Führungsformen als geschützte Radverkehrsanlagen und radfahrfreundlichen Knotenpunkten	ja
84	Stadt Osnabrück	Osnabrück - Vollautomatisches Radparkhaus	Bau eines vollautomatischen Radparkhaus mit 180 Stellplätzen am Altstadtbahnhof	ja
85	Stadt Uslar	ZMLR	Zukunftsfähige Mobilität im ländlichen Raum	nein
86	Stadt Essen	FÜ J.-H.-Str.	Barrierefreier Ersatzneubau als gemeinsame Geh-/Radwegbrücke über DB-Gleise	nein
87	Stadt Münster	FlyoverAegidiitor	Das Ingenieurbauwerk "Flyover Aegidiitor" an der denkmalgeschützten Münsteraner Promenade soll eine neue Leuchtturm-Dimension bei Radverkehrs-Bauwerken einläuten.	ja
88	Stadt Freiburg	Mit dem Rad zu Arbeit und Erholung	Radanbindung Gewerbegebiet Haid und Gesundheitsresort "An den Heilquellen"	nein
89	Verbandsgemeinde Meisenheim	Radweg Jeckenbachtal	Radweg Lückenschluss Kirn nach Meisenheim	nein
90	Flecken Harsefeld	Fahrradstraße	Einrichtung von Fahrradstraßen	nein

6 von 8

91	Stadt Halle (Westf.)	Veloroute ehemalige B68	Umgestaltung der ehem. B68 zugunsten des Radverkehrs in Form einer Veloroute	ja
92	Stadt Essen	URSEL (Urbane Rad-Schnellweg 1 Eltingviertel)	Urbanes Wohnquartier mit Radschnellweg in der City/Eltingviertel Essen (Planung)	nein
93	Landkreis Hof	Flüßeradweg	Interkommunale Infrastruktur: Flüßeradweg Main-Saale-Elster	nein
94	Stadt Korntal-Münchingen	Rad- und Fußwegekonzeption mit spezifischen Teilprojekten	Nachhaltige Verkehrsentwicklung (Mobilität)	ja
95	Stadt Kaiserslautern	Einkaufs- und Pendlerroute Kaiserslautern West (EuP KL West)	Umwandlung von stillgelegten Gleisanlagen zu einem Radweg zur Verbindung von Pendler Routen mit der Kernstadt und der Erschließung großer Einkaufsziele am Stadtrand abseits von Hauptverkehrsstraßen	ja
96	Stadt Kaiserslautern	Fahrradstraßennetz Kaiserslautern	Machbarkeitsstudie zur Umsetzung von zusammenhängenden Fahrradstraßen als innerstädtischer Lückenschluss des Radwegenetzes und der Erarbeitung von Musterlösungen für Knotenpunkte mit kreuzenden Fußgängern und Kfz-Verkehren	nein
97	Stadt Essen	Umweltspur	Umweltspur auf der Schützenbahn in Essen	nein
98	Stadt Haltern am See	Wender	Innovative Knotenpunktform zur Förderung des Radverkehrs	ja
99	Stadt Kelbra (Kyffhäuser)	Fahrradbahnhof/Verkehrsknotenpunkt	Entw. des Radverkehrs unter Berücksichtigung der Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln und Fußverkehr	nein
100	Landkreis Uckermark	Radmobil UM	Entwicklung einer nachhaltigen Radmobilität in der Uckermark zur Stärkung des Alltagsverkehrs	nein
101	Regionalpark RheinMain Südwest gGmbH	Sichere Radschnellwege durch Solarbeleuchtung - SIRASO	Sicherheit von Radschnellverbindungen durch Solarbeleuchtung am Beispiel der RSV Darmstadt-Frankfurt	ja
102	Gemeinde Wedemark	Brückenbauwerk	Querung einer Bahnstrecke für Radfahrer / Fußgänger	nein
103	Regionalverband Ruhr	Regionales Radwegenetz	Pilotregion Ruhr: Umsetzung des Radwegebedarfsplanes	nein
104	Gemeinde Stützingrün	Errichtung einer Radschnecke	Lückenschluss Radweg Marienweg - Kunststraße	nein
105	Stadt Oberhausen	RadQuerung	Aufwertung der Straßenquerungsstellen an Radwegetrassen in Oberhausen.	ja
106	Freie Hansestadt Bremen	Große Weserbrücke	Fahrradbrücke schafft Ringschluss Wallring zur Umfahrung der Innenstadt und entzerrt Konflikte	ja

7 von 8

107	Freie Hansestadt Bremen	Korbinsel-Brücke	Brücke schafft eine fahrradfreundliche Verbindung für Arbeitsplatzstandorte und den Radtourismus	ja
108	Gemeinde Gröbenzell	Radverleih	Kostenloser Radverleih am Bahnhof Gröbenzell	nein
109	Stadt Aachen	RVR Haaren	Rad-Vorrang-Route zwischen Haaren und der Aachener Innenstadt	ja
110	Stadt Aachen	Beleuchtung Vennbahn	Bedarfsgerechte Beleuchtung des Fernradweges Vennbahn	ja
111	Region Köln/Bonn e.V.	RPR/R - RadPendlerRouten entlang der Rheinschiene	Planung eines Netzes an RadPendlerRouten in den StadtUmland-Verbänden in der Region Köln/Bonn	nein
112	Stadt Seelze	Neubau Radfahr-Rampe Heimstättenbrücke	Neubau einer Radfahr-Rampe von der Heimstättenbrücke zum Bahnhofsvorplatz in Seelze	nein
113	Stadt Schwetzingen	Rondell	Verkehrsflächenkonversion Rondell	nein
114	Stadt Darmstadt	Geschützte Kreuzung	Erprobung von geschützten Kreuzungen für den Radverkehr	ja
115	Leuphana Universität Lüneburg	Radverkehrsförderung 3.0 - barrierefrei, netztransparent, digital	Weiterentwicklung der Radverkehrsförderung zur Flächendeckung mit hohem Fahr-/Navigationskomfort	ja
116	Technische Universität Dresden	Radlär	Leitfaden für die Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes im ländlichen Raum	nein
117	Stadt Oldenburg	Unterführung, Rad- und Gehweg	Eröffnung neuer Wege - Bau einer Bahnunterführung nebst Geh- und Radweganbindung	nein
118	Stadt Köln	Nördliche Rheinbrücke	Neubau einer Rheinbrücke für Fuß-/Radverkehr zwischen Bastei und Rheinpark	nein
119	Stadt Köln	Hohenzollernbrücke-nördliche Erweiterung	Verlängerung des nördlichen Kragarms der Hohenzollernbrücke	nein
120	Stadt Köln	Hohenzollernbrücke-südliche Erweiterung	Neubau einer Fuß-/Radwegbrücke an die südliche Hohenzollernbrücke	nein
121	Stadt Köln	Südliche Rheinbrücke	Neubau einer Rheinbrücke für Fuß-/Radverkehr zwischen Rheinauhafen und Deutzer Hafenviertel	nein

8 von 8

122	Stadt Köln	Brücke Escher Straße	Neubau Brücke Escher Straße	nein
123	Stadt Konstanz	Radparkanlage	Erstellung einer automatischen Radparkieranlage am Hauptbahnhof in Konstanz	ja
124	Stadt Trier	Integriertes Pedelec-Verleihsystem	Stationsgebundenes, App-basiertes sowie in den ÖPNV-integriertes Pedelec-Verleihsystem	nein
125	Stadt Leipzig	UrbanBikeSafety (UBS)	Steigerung der Sicherheit von Radfahrern sowie zielgerichtete Förderung der Radinfrastruktur, insbesondere durch die Detektion von Unfallschwerpunkten und die Erfassung der Hauptverkehrsrouten	nein
126	Stadt Leverkusen		„Modellkonzept Mobility Hub“ (MMH) für ein smartes Fahrradparkhaus am Verkehrsknotenpunkt Bahnhof/ZOB Leverkusen-Mitte“	nein
127	Conoscope GmbH	Radwegequalität Leipzigs	Automatisierte Erfassung der Radwegequalität in Leipzig	nein
128	Region Hannover	Vorrangnetz-K112	Ausbau der K 112 als Prio-1-Strecke im Vorrangnetz für den Alltagsverkehr in der Region Hannover	nein
129	Landkreis Altenkirchen	SIEG	Lückenschluss Siegradweg mittels Fahrrad-Seilbahn	ja
130	Stadt Lüneburg	BÜDI	Schaffung eines interkommunalen Radverkehrsnetzes mittels eines naturverträglichen Brückenbaus	nein
131	endura kommunal GmbH	Radverkehr_Komm_Netzwerk_Ortenau	Radverkehr im kommunalen Netzwerk für klimafreundliche Mobilität in der Ortenau verankern	nein
132	GEMBO GmbH	Cargo-Hub	Vollautomatische Lastenrad-Verleihstation	nein
135	Stadt Leipzig	SEK-Radweg	Länderübergreifende Planung und Bau des Saale-Elster-Kanal-Radweges zwischen Leipzig und Leuna	nein

